



Herrn
Omid Nouripour
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Brigitte Zypries MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
Kordinatorin der Bundesregierung
für die Luft- und Raumfahrt

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6950

FAX +49 30 18615 5242

E-MAIL buero-pst-z@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 12. Oktober 2015

Nachfrage auf die Schriftliche Frage Nr. 9/82

Sehr geehrter Herr Kollege, *liebes Omid Nouripour,*

für Ihr Schreiben vom 28. September 2015, in dem Sie um eine ergänzende Stellungnahme zur Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage Nr. 82 vom 17. September 2015 bitten, danke ich Ihnen. Die Bundesregierung hatte Ihnen darin mitgeteilt, dass ihr keine Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Katar bei einer Militäroperation im Jemen aus Deutschland importierte Rüstungsgüter einsetzt.

Auf Ihre Frage nach Schlussfolgerungen der Bundesregierung für die deutsche Rüstungsexportpolitik hat die Bundesregierung mit ihrem Hinweis auf die allgemeinen Grundsätze der Rüstungsexportpolitik in ihrer Antwort vom 17. September 2015 geantwortet. Danach entscheidet die Bundesregierung über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Aktuelle Entwicklungen werden in die Entscheidungsfindung einbezogen. Pauschale Beschränkungen sind – jenseits von Embargobeschlüssen durch die Vereinten Nationen oder die EU – nicht vorgesehen. Derartige Beschränkungen wären auch nicht mit einer differenzierten und sorgfältigen Einzelfallprüfung, insbesondere unter außen- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten, zu vereinbaren.

Dies gilt nicht nur für die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Katar, sondern auch für die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate, die laut Ihres Schreibens vom 28. September 2015 Medienberichten zufolge gepanzerte Fahrzeuge im Jemen einsetzen sollen.

Seien Sie versichert, dass die Bundesregierung die Situation im Jemen sehr aufmerksam und mit Sorge beobachtet. Die Bundesregierung hat die Konfliktparteien wiederholt zu einer humanitären Feuerpause sowie zur schnellstmöglichen Rückkehr zu Verhandlungen unter VN-Ägide aufgerufen, um zu einer Lösung des Konflikts im Jemen zu kommen, denn eine nachhaltige Lösung kann nur politisch erzielt werden. Im Übrigen setzt sich die Bundesregierung u.a. mit den Partnern in der EU für ungehinderten humanitären Zugang und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts im Jemen ein.

Mit freundlichen Grüßen

